Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 882

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 16. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 15. Dezember, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung der **Handelsverträge mit Spanien, Rumänien, Serbien.**

Dazu liegt vor ein Antrag Graf v. Kanitz, die Dauer der Handelsverträge, die nach der Vorlage auf zehn Jahre gelten sollen, auf ein Jahr, bis 31. Dezember 1894, zu beschränken.

Ferner beantragt die Kommission folgende Resolution: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, I. beim Abschluß von Handelsverträgen oder im Anschluß an solche auf Vereinbarung der vom Reichstage schon am 25. Januar 1892 einstimmig befürworteten Schiedsgerichte über alle aus diesen Verträgen etwa entspringende Streitigkeiten Bedacht zu nehmen; II. auf die Erlangung einer für die Kulturstaaten gemeinsamen Regelung des Währungssystems, des Börsenwesens und der Arbeiterschutzgesetzgebung Bedacht zu nehmen,

In der Generaldiskussion ergreift zuerst das Wort

Abg. Graf **v. Bismarck:** Wenn ich Ihre Geduld in Anspruch nehme, so geschieht es einmal angesichts der Thatsache, daß bei der vorgestrigen Abstimmung 43 Mitglieder gefehlt haben, und bei der geringen Majorität eine Verschiebung heute noch möglich ist, wenn meinerseits neue Gesichtspunkte in die Debatte geworfen werden (Widerspruch links); sodann weil mir aus der weit ausgesponnenen Debatte hervorging, daß die Empfindung vorherrscht, die bisherige Bahn des Schutzes der nationalen Produktion solle verlassen werden. Die Redner vom Bundesrathstisch haben sich dagegen verwahrt und sich als konservativ bekannt. Wir haben keinen Grund, keine Berechtigung, in diese Aeußerungen Zweifel zu setzen, aber an die eine Thatsache möchte ich erinnern, daß die an erster Stelle gefallenen Aeußerungen beweisen, daß der Reichskanzler ein gelehriger Schüler und Anhänger der freihändlerischen Theorie geworden ist. (Zuruf links: Leider nicht!) Ich habe keine Gelegenheit, mich persönlich mit ihm zu unterhalten und kann mich nur an das halten, was in der Oeffentlichkeit bekannt wird. Es besteht die Besorgniß, daß der große Bau von 1879 aufgegeben werden soll, und da heißt es: ce n'est que le premier pas qui coûte. Fahren wir so fort, dann wird ein Keil in die Gesammtheit sämmtlicher Produktionsgenossen getrieben: schon jetzt haben wir die Empfindung, daß die Landwirthschaft von der Industrie im Stich gelassen worden ist, und zwar um Vortheile willen, die für die Industrie sehr klein gewesen sind. Ein Zusammenhang von Landwirthschaft und Industrie ist unbedingt nothwendig, was ja auch Herr von Bennigsen ausgesprochen hat. Selbst Freiherr von Stumm wird der Landwirthschaft nicht zumuthen können, sich in eine societas leonina zu begeben. Hoffentlich werden diese kleinen Zerrungen die alten Freunde nicht auseinander bringen. Stumm und Kardorff Hand in Hand, alles sonst aus Rand und Band. (Lachen links.) Gerade die Landwirthe haben persönliche Beziehungen zu den Arbeitern, was bei den Industriellen nicht so sehr der Fall ist. Die Landwirthe im Osten würden ihre Arbeiter sehr gern besser bezahlen (Lachen links), aber sie können es nicht. Davon kann sich Jeder überzeugen, der einen Blick in ihre Bücher wirft, und Bücher werden heute von allen Landwirthen geführt, ausgenommen von den Bauern, die selbst energisch Hand anlegen müssen und mit ihren schwieligen Händen die Feder nicht führen können. Die Einkommensteuerlisten beweisen einen erheblichen Rückgang in den landwirthschaftlichen Einkommen. Bei der letzten Wahlkampagne wurden die Kandidaten, wenn ja auch die Militärvorlage im Vordergrunde stand, doch immer gefragt: was werden Sie thun, wenn die Handelsverträge kommen? Wenn man uns sagt, die Handelsverträge lagen damals noch gar nicht vor, so ist das ein Spiel mit Worten. Man wußte, es schweben Verhandlungen, die Landwirthschaft würde wie beim österreichischen Vertrag die Opfer tragen müssen. Vestigia terrent, exempla docent! Wir haben vor allem für unsere ärmere ländliche Bevölkerung zu sorgen. Die Großen werden es ja noch eine Zeit lang aushalten, wenn die Landwirthschaft ruinirt wird, sie haben länger Kredit. Wer zuerst zu Grunde geht, das ist der kleine Bauer, das beste Element des Staates. (Beifall rechts.) Es handelt sich ja gar nicht darum, ob einzelne größere Grundbesitzer zu Grunde gehen, es handelt sich durchaus nicht um Personen; und von allen Herren, die Volksvertreter sind, bin ich überzeugt, daß sie wie Curtius in die Grube springen werden, um für das allgemeine Wohl zu wirken. Es handelt sich um Entwerthung des Grundes und Bodens und damit des Nationalvermögens. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Landwirth kann kaum noch die Löhne am Sonnabend bezahlen. Woher nehmen und nicht stehlen? Das ist für ihn die Frage. Noch vor Kurzem ist in der Broschüre des Erzbischofs von Dublin darauf hingewiesen, daß die Landleute nothwendig bankerutt werden müssen, wenn die Währungsfrage nicht geregelt wird. Das Beste, was darüber gesagt worden ist, besteht in dem kurzen Axiom: die Decke wird ihnen zu kurz werden. Man erschrickt darüber, daß die Arbeiter immer mehr Sozialdemokraten werden. Schaffen Sie uns die Möglichkeit, die Arbeiter besser zu bezahlen. Wenn aber die Landwirthschaft nicht rentabler wird, dann gehen die Arbeiter in die Städte und fallen dort der Sozialdemokratie in die Hände. Daraufhin operiren ja auch die Herren von jener Seite (sehr wahr! rechts), sie bemühen sich, die Landwirthschaft zu schädigen. (Sehr wahr! rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, bei der letzten Wahl würden die Sozialdemokraten noch mehr Abgeordnete, jedenfalls noch mehr Stimmen bekommen haben, wenn die Noth der Landwirthe nicht den Bund der Landwirthe geboren hätte. Die Landwirthe wurden ja mit Füßen darauf gestoßen, sich zu vereinigen. Schon gestern wurde darauf hingewiesen, wie viel mehr ländliche Arbeiter es giebt, als industrielle Arbeiter, die hier beim rumänischen Vertrage in Betracht kommen. Auch ich bin kein Anhänger von Majoritäten, aber diese Majorität verdient doch einige Rücksichtnahme. Erhalten die ländlichen Arbeiter im Osten hinreichenden Verdienst, so werden sie im Lande bleiben, und das sollte Ihnen doch auch am Herzen liegen, daß unsere östlichen Provinzen nicht entvölkert werden. Früher ging, wie es z. B. in Freytagschen Schriften so schön geschildert wird, der Drang vom Westen nach dem Osten, jetzt von Osten nach dem Westen. Dagegen müssen energische Maßregeln getroffen werden. (Zurufe links: Zahlen Sie höhere Löhne!) Man sagt, hätten wir 1891 nicht neue Tarifverträge abgeschlossen so ständen wir vor einem Vacuum; den horror vacui haben wir ja alle, aber die Frage ist die, ob die allgemeine Nothlage, über die heute selbst die Börse klagt, größer geworden wäre, wenn wir einfach tabula rasa gemacht oder Provisorien abgeschlossen hätten. Warum sollte gerade das mächtige deutsche Reich die größte Eile unter allen Staaten haben, Verträge zu schließen? Ich glaube, die Oesterreicher, die den Zugang zur Nordsee haben müssen, hätten uns kommen müssen, wenn wir uns die Hinterhand bewahrt hätten. Man sagt, der hohe rumänische Generaltarif habe uns zum Vertrag gezwungen. Aber dieser Generaltarif ist doch ad hoc vor dem Vertrag gemacht. Warum sollte es uns nicht möglich gewesen sein, dem Beispiel der Schweiz zu folgen und auch unsererseits mit einem hohen Tarif vorzugehen? Der $3\frac{1}{2}$ Mk.-Zoll ist ja auf 12 Jahre festgelegt, aber doch nur nach oben, und Regierungen können wechseln, es kann der Fall eintreten, daß die Herren von der Linken an der ersten Stelle sitzen, und sie werden sich angelegen sein lassen, einen Reichstag wählen zu lassen (Lachen links), der die Zölle herabsetzt oder gar abschafft. Daß diese Seite früher anders gestimmt hat, kann man doch nicht anführen; ist ein Reichstag begraben, so ersteht ein ganz neuer, und selbst die Herren, die bereits in dem alten Reichstag gesessen haben, haben wie weiland Antäus mit der Mutter Erde, neue Berührungen mit ihrem Wahlkreis gehabt. Die Regierung will Pläne haben, wie der Landwirthschaft geholfen werden kann. Diese Pläne haben für uns keinen Werth, da wir nicht wissen, ob Bundesrath und Reichstag sie auch wirklich annehmen werden. Deshalb müssen wir versuchen, in die Speichen des Rades hineinzugreifen, so lange es geht, um noch etwas zu retten, sonst heißt es: Bauer wir haben dir dein Kleid genommen, nun gieb auch noch das Hemd her. In Rumänien hat ein erhebliches Goldagio bestanden, und wir können es wieder bekommen. In Italien haben sich die Verhältnisse auch erheblich verschlechtert, deshalb begrüße ich den Antrag des Grafen Kanitz, es mit dem Vertrag zunächst nur auf 1 Jahr zu versuchen. (Lachen links.) Aus meiner amtlichen Erfahrung her habe ich kein großes Zutrauen zu der Funktion des Kontrollapparates in Rumänien. Wenn es in dem großen Oesterreich passiren konnte, wie es der Czernowitzer Prozeß bewies, daß Jahre lang Millionen von Steuern und Zöllen durch das weite Gewissen der Beamten defraudirt wurden, so kann das im kleinen Rumänien auch geschehen. Die Landwirthschaft arbeitet mit Unterbilanze, jeder Kaufmann, jeder Handwerker würde in diesem Falle das Geschäft zumachen. Die Landwirthe im Lande denken nicht anders als die im Hause, das beweist doch die Wahlagitation, und dann unterschätzt man die Bildung der Landwirthe. Sie lesen alle Zeitungen. Wenn früher manche Vorlagen der Regierung abgelehnt worden sind, ohne daß das Ansehen des Reiches geschädigt würde, so weiß ich nicht, warum das jetzt der Fall sein soll, wie man am Bundesrathstisch behauptet hat. Ich kann nicht glauben, daß das Ansehen des Reichs auf so scharfer Klippe steht. Das Deutsche Reich ist das Ergebniß jahrzehntelanger Arbeit aller Bürger und Patrioten. Das zusammenzuhalten sind wir fest entschlossen, was uns sonst auch trennen mag. Aber die Ablehnung des rumänischen Vertrages hat damit nichts zu thun. Der Schluß in den vorgestrigen Aeußerungen des Reichskanzlers war: Bei Ablehnung des Vertrages wollen wir an die Wähler appelliren. Nun, in diesem Falle werden wir uns wieder sprechen. Ich verdanke der agrarischen Bewegung meine Wahl, auf die ich stolz bin. Bei Neuwahlen werden noch mehr Agrarier hierher kommen. (Lebhafter Widerspruch links.) Der Arbeiter ist der beste Kunde der Landwirthschaft, aber hier handelt es sich darum, ob er der beste Verzehrer des fremden Getreides sein soll. Sehen Sie sich doch die Verhältnisse in England an, wo die Landwirthschaft durch den Freihandel ruinirt ist. Wir sind nicht in der Lage wie England, 200 Millionen für eine neue Flotte zu bewilligen, um die Machtstellung Englands als Handelsstaat aufrecht zu erhalten, wir müssen uns an die Landwirthschaft halten. Wir müssen das Getreide im Lande bauen, das gebraucht wird. (Beifall rechts, Unruhe links. Rufe: Ist bis jetzt ja nicht geschehen!) Unsere Landwirthschaft ist dazu wohl im Stande. Auch im Kriegsfall ist das von Wichtigkeit. England hat dies eingesehen und greift tief in den Beutel entgegen der bisherigen Manchesterpolitik vom ledernen Beutel und ledernen Herzen. Unsere Devise muß sein: „ans Vaterland, ans theure, schließ Dich an, das halte fest mit Deinem ganzen Herzen." (Lebhafter Beifall rechts. Ironisches Bravo links.)

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall:** Es besteht wohl nur ein sehr geringes Bedürfniß, was schon häufig wiederholt worden ist, heute noch einmal zu wiederholen. Ich will auch nicht näher auf die Aeußerungen des Vorredners eingehen, die eine eventuelle Auflösung des Reichstages betreffen. Ich glaube, diese Hoffnung wird nicht in Erfüllung gehen, der Reichstag wird, wenn mich meine Erwartung nicht trügt, die Verträge auch in dritter Lesung annehmen. Der Vorredner hat uns zwar nicht absoluten Freihandel vorgeworfen, aber wohl es so dargestellt, als wären wir von dem Pfade der Zollreform von 1879 abgewichen. Das trifft nicht zu. Die Regierung steht nach wie vor auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit auf dem Standpunkt, daß der innere Markt den Vorzug verdient vor dem äußeren. 1879 standen wir vor der Gefahr, den inneren Markt zu verlieren, und daher haben wir den damaligen Tarif aufgestellt. 1892 waren wir in Gefahr, den äußeren Markt zu verlieren, daher die Handelsverträge. (Sehr richtig! links.) Wir haben doch auch in den achtziger Jahren Handelsverträge abgeschlossen, in denen Zölle ermäßigt und gebunden wurden. So wurde im Handelsvertrage mit Spanien von 1889 der Zoll auf Roggen auf 1 M. auf die Dauer von 5 Jahren gebunden. In einer Instruktion des Fürsten Bismarck an die Unterhändler für eine Verhandlung mit Oesterreich wurde darauf hingewiesen, daß vielmehr für Bodenprodukte der niedrigste geltende Tarif unsererseits eingeräumt werden solle, falls Oesterreich unserer Industrie Konzessionen mache (hört! hört! links) (Redner verliest die betr. Instruktion.) Tritt der Vorredner für die Interessengemeinschaft von Industrie und Landwirthschaft wirklich ein, dann warne ich ihn doch dringend vor einseitigen Uebertreibungen, die das Verhältniß bei den Produktionsfaktoren trüben müssen. Die Landwirthschaft und Industrie sind Hand in Hand gegangen 1879 und 1885, dagegen bei Erhöhung der Getreidezölle von 3 auf 5 M. hat die Landwirthschaft selbständig einen Schritt vorausgethan. Das gewichtigste Motiv für die Getreidezollerhöhung war damals, eine Antwort zu geben auf die Erhöhung der russischen Eisenzölle und eine Kompensation zu schaffen für die bevorstehenden Tarifverhandlungen mit Oesterreich. Wenn nun die Existenz unserer Exportindustrie davon abhängt, daß die Landwirthschaft von dem Vorsprung von 1887 einen Theil abgiebt, so kommt in eben diesem Verlangen die Interessengemeinschaft zwischen Landwirthschaft und Industrie zum Vorschein. Lehnen Sie die Verträge ab, so nehmen Sie den deutschen Arbeitern das Brot und geben es den ausländischen Arbeitern. Auch ich erachte eine gesunde Landwirthschaft für den besten Wall gegen alle Umsturzbestrebungen, und halte die Fürsorge für die Landwirthschaft für eine der wichtigsten Pflichten der Regierung. Aber den einen Punkt hat der Vorredner mit einer ungewöhnlichen Sorgfalt umgangen, nämlich die Frage, ob und inwieweit diese Handelsverträge der Landwirthschaft schaden. (Sehr richtig! links.) Die bayerischen Getreidespeicher sind nicht gefüllt mit ausländischem Getreide, sondern mit dem, was der liebe Gott im vorigen und diesem Jahre in reicher Fülle hat wachsen lassen. Die Preise allein sind für das Wohlbefinden der Landwirthschaft nicht maßgebend. Für die kleineren und mittleren Bauern ist das Jahr 1891 trotz hoher Getreidepreise eins der schlechtesten gewesen. (Sehr richtig! links.) Wir sind auch nicht mit großer Eile vorgegangen. Aber bei Provisorien steht die Industrie nicht gut, sondern die Industrie scheut nichts mehr als Provisorien, die Hauptsache ist ihre Stabilität. (Sehr richtig! links.) Die Ansicht, daß die anderen Staaten ihre Tarife erhöht hätten, weil sie wußten, daß Deutschland mit ihnen Vertragsverhandlungen führen wollte, ist nicht richtig, sonst müßten diese Staaten eine merkwürdige Inspiration gehabt haben, die Tarife derselben waren Monate lang vorher fertiggestellt, bevor auch nur daran gedacht wurde, Verhandlungen über Verträge einzuleiten. Unser Verhältniß mit Rußland ist als Schreckgespenst gegen den rumänischen Vertrag benutzt worden. Die vorliegenden Verträge sind aber lediglich an sich ohne Rücksicht auf einen etwaigen russischen Vertrag zu verhandeln. Man glaubt alles damit zu beweisen, wenn man sagt, die Landwirthe werden durch den rumänischen Vertrag geschädigt. Ich sage, wenn Sie die Handelsverträge verwerfen, bekommt der deutsche Bauer kein Geld, der Arbeiter verliert sein Geld. Beide haben ein schlechtes Geschäft gemacht. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Beckh** (Fr. Vp.): Die neuen Gesichtspunkte, die der Graf Bismarck hat vorbringen wollen, sind zum großen Theil unrichtig. Er hat von seinem Interesse für die Industrie gesprochen, die er auch neben der Landwirthschaft berücksichtigen wolle. Sonst hören wir von der Rechten nur von der Landwirthschaft reden. Des Grafen Bismarck politische Unterhaltung mit Herrn v. Marschall ist nicht gerade zu seinem Vortheil ausgeschlagen. Die Nothlage der Landwirthschaft, so hat er es angedeutet, sei so groß, daß sie selbst die Löhne nicht mehr zahlen könne. Die Nothlage ist doch wohl nicht so allgemein verbreitet, sonst könnten nicht so prunkvolle Hochzeiten auf dem Lande gefeiert werden, von denen wir von Zeit zu Zeit in den Zeitungen lesen. Graf Bismarck hat nicht gerade logisch gedacht, wenn er behauptete, daß die Handelsverträge nur den Weg zum Freihandel bedeuteten, und er gleichzeitig ein Provisorium empfiehlt. Die Möglichkeit der Einführung des Freihandels ist doch wohl größer, wenn ein Provisorium, als wenn die Zölle auf viele Jahre festgelegt sind. Wenn Sie durchaus die Verträge verwerfen und Neuwahlen haben wollen, so werden die Agrarier nicht den Vortheil haben. (Na! na! rechts). Es werden bei diesen noch andere Dinge, auch die Steuervorlagen zu berücksichtigen sein. Die Agrarier lassen als Grund der Verwerfung immer nur das angebliche verletzte Interesse der Landwirthschaft gelten. Es ist immer dieselbe Redensart, es ist sehr bequem, statt den Beweis zu führen, sich darauf zu beschränken, zu sagen, daß alle Verträge zu verwerfen sind, weil sie die Landwirthschaft schädigen. Die Sache liegt aber so, daß die agrarische Begehrlichkeit immer mehr wächst. Sie wollten ja doch nur eine Kraftprobe machen mit der Verwerfung der Verträge, um zu zeigen, wie weit Ihr sic volo, sic jubeo geht. Sie dürfen sich doch nicht als alleinige Vertreter der Landwirthschaft aufspielen, Sie sind doch Vertreter des ganzen Volkes. Wenn Sie ein solches Verhalten gut heißen, dann können Sie es auch den Sozialdemokraten nicht verdenken, wenn sie sich als alleinige Vertreter der Arbeiter-Interessen aufspielen. Daß übrigens von dem rumänischen Vertrage die Landwirthschaft auch Vortheile hat, zeigt die Maiseinfuhr, über die ein Brennereibesitzer gesagt hat, daß er seine Brennerei schließen müsse, wenn er nicht den rumänischen Mais bekäme. Wenn wir die landwirthschaftlichen Produkte nicht aus Rumänien bekommen, so müssen wir sie eben anders woher nehmen. Da Rumänien aber ein aufstrebender Staat ist, der auf dem Uebergang von Agrikultur zum Industriestaat begriffen ist, so haben wir von diesem Verkehr nur Vortheil. Wenn Sie auf der Rechten immer von der Nothwendigkeit der Linderung der Noth der Landwirthschaft durch die Regelung der Währungsfrage reden, so muß ich sagen, daß Sie dieselbe schwerlich so eingehend behandeln können, wie es der Abg. Bamberger gethan hat. Sie verstehen davon nicht viel, noch weniger aber Ihre Bauern. In Bezug auf die Nothlage der Landwirthschaft auf England als warnendes Beispiel zu verweisen, geht nicht an, da dort alles Land in den Händen der wenigen Latifundienbesitzer ist. Bei uns ist es glücklicher Weise noch nicht der Fall. Redner wendet sich dann gegen den Abg. v. Plötz und setzt dessen Autorität die Autorität des Abg. Dr. Schulz-Lupitz entgegen, der die Annahme des Vertrages mit den Interessen der Landwirthschaft für wohl vereinbar erklärt habe. Weiter betont er das Interesse der Industrie an dem Zustandekommen des Vertrages. Die Tendenz der Opposition gegen diesen Vertrag gehe gegen den russischen Vertrag. Daß Herr v. Bennigsen jetzt auf das Ansehen des Reichstages so große Rück-

sicht nehme, freue ihn; es hätte von Seiten der Nationalliberalen nur auch früher dem Fürsten Bismarck gegenüber das Ansehen des Reichstages gewahrt werden müssen. Wer nicht einseitige Interessen im Auge habe, müsse für die Verträge stimmen.

Abg. Graf **Kanitz** (kons.) erinnert daran, daß 1887 in der Reichstagsthronrede des Kaisers Wilhelm I. die Erhöhung der Getreidezölle damit motivirt sei, daß die Ertragsfähigkeit der ländlichen Arbeit gewahrt werden müsse. Frhr. v. Marschall könne demgegenüber nicht behaupten, daß die Erhöhung nur ein Negoziationsobjekt gewesen sei. Wenn der Vertrag mit Rumänien angenommen werde, so werde die nächste Folge die sein, daß die russischen Unterhändler noch weniger entgegenkommend sich zeigen würden als bisher. Wenn Lieber versichert habe, daß er für den russischen Vertrag freie Hand behalte, so habe er wohl nur einige Luftsprünge ausführen wollen zur Erheiterung seiner Wähler. (Vizepräsident Frhr. v. Buol kann nicht zugeben, daß das parlamentarisch ist. Heiterkeit.) Er möchte schon heute sagen, daß Lieber für den russischen Vertrag, wenn er kommen wird, einfach stimmen werde. Die Haltung der polnischen Fraktion habe ihn gestern überrascht, da in der ersten Lesung der polnische Fraktionsredner erklärt habe, die Polen müßten die Interessen der Landwirthschaft ihrer Heimath wahrnehmen. In weiten Kreisen werde vermuthet, daß es weniger wirthschaftliche als politische Motive gewesen seien, die sie bestimmt hätten. Er finde in der „Freis. Ztg." die Notiz, daß die Einführung des polnischen Sprachunterrichts in die Volksschule auf einem Beschluß des Ministerraths beruhe, den Kultusminister Bosse nur auszuführen habe, und daß Erzbischof v. Stablewski durch den Reichskanzler davon vertraulich in Kenntniß gesetzt sei. Er bedauere, daß derartige Nachrichten in die Presse kämen, ohne sofort dementirt zu werden, und erwarte, daß vom Bundesrath sofort ein energisches Dementi erfolgen werde. (Heiterkeit.) Denn wie könne man jetzt zur Einführung des polnischen Sprachunterrichts sich entschließen, nachdem Dr. Bosse noch in diesem Jahre erklärt habe, das hieße, den Ast absägen, auf dem wir sitzen, das könne kein deutscher Kultusminister, das könne keine deutsche Regierung. Von dem Vorwurf Rickerts, daß er inkonsequent sei, könne er keinen Gebrauch machen. Er habe den deutsch-österreichischen Vertrag bekämpft, so weit er zu bekämpfen war. Er habe bei Abschluß der Verträge im Jahre 1892 nicht eine Festlegung der Tarife auf zehn Jahre beabsichtigt. Er halte das jetzige System der Meistbegünstigung für falsch. Wir wüßten überhaupt nicht, was alles eigentlich meistbegünstigte Staaten sind. Der Bundesrath sollte uns darüber genauer unterrichten. Wir hätten alle Meistbegünstigungs-Verträge kündigen sollen und nur gegen angemessene Konzessionen den neuen Konventionaltarif zugestehen sollen. Der nordamerikanischen Union sei die Meistbegünstigung ohne jede Gegenleistung eingeräumt worden. Die Ausdehnung derselben sei nicht berechtigt, wir müßten von diesem System so schnell wie möglich wieder loskommen. Daß die Handelsverträge mit Rumänien und event. Rußland den Preis unseres Getreides nicht mehr wesentlich herabdrücken können, darin gebe er dem Frhrn. v. Stumm recht. Aber einen Einfluß der Verträge könne man nicht leugnen, wenn man sehe, daß die Berliner Getreidebörse günstige Aussichten auf das Zustandekommen des russischen Vertrages mit flauer Tendenz beantwortet. Auch die Industrie sei nicht einmüthig für die Verträge, wofür Redner mehrere Beispiele anführt. Die großen Korporationen der Industrie seien freilich dafür. Der Herr Reichskanzler habe als Grund für den Abschluß die Nothwendigkeit des Waarenexports an Stelle des Menschenexports angeführt. Die Handelsverträge vermehrten aber nur den Menschenexport, der vom platten Lande nach den Städten und Industriebezirken stattfinde. Der Reichskanzler werde zwar einen ehrenvollen Platz neben seinen Vorgängern in der Geschichte einnehmen, da er auch aufrichtig bestrebt gewesen sei, die Wehrkraft des Deutschen Reiches zu heben. Der frühere Kanzler habe aber nicht blos mit Zahlen operirt, sondern auch mit Truppen. Die Folge der Verträge sei, daß Bataillone aus ostpreußischen Bauern und Knechten ein rarer Artikel werden würden. Was diese an Strapazen aushalten können, haben die letzten Kriege gezeigt, im Gegensatz dazu ständen die Truppen aus Industriebezirken. Die Zuwanderung nach dieser schwäche nur unsere Wehrkraft. Das Interesse der Landwirthschaft an einer blühenden Industrie sei ja ein großes, so lange die Industrie die einheimischen Produkte verzehre. Wenn sich aber amerikanisches Schweineschmalz und amerikanisches Getreide verzehre, was habe denn die deutsche Landwirthschaft davon? Wenn der Bauer, dessen Besitz versteigert werde, sich sagen müsse, daß er nichts verschuldet habe, sondern trotz eifrigster Arbeit die Wirthschaftskosten nicht habe erschwingen können, so nehme er den Wanderstab, gehe in die Stadt und falle der Sozialdemokratie zu. (Lebhafte Zustimmung.) Daraus gerade erkläre sich das Anwachsen der Sozialdemokratie. Wenn der Vertrag mit Rumänien auf ein Jahr abgeschlossen werde und dann mit einjähriger Kündigung weiter laufe, wie er vorschlage, so würde damit nur das Beispiel befolgt werden, das Rumänien jetzt grade selbst durch den Vertrag mit Oesterreich gegeben habe. Die Bindung auf lange Zeit widerspreche dem Prinzip des Schutzsystems, weil das Schutzsystem ein variables sei. Aufs äußerste wäre es zu beklagen, wenn die Regierung 10 Jahre lang mit gebundenen Händen der Landwirthschaft gegenüberstehen müßte, ohne das geringste zur Hilfe thun zu können. Adam Smith habe auf das schärfste den Abschluß von Verträgen auf lange Dauer verurtheilt. Er könne Herrn Dr. Meyer (derselbe steht vor dem Redner) nur rathen, Adam Smith zu lesen. Schließe denn England, dessen Industrie noch mehr an Rumänien interessirt ist als die unsrige, einen Vertrag mit Rumänien? Warum habe man denn überhaupt mit dem unseligen Differentialtarifsystem begonnen? Falle es denn den Franzosen ein, mit Spanien einen Vertrag zu schließen? Er wisse ja im Voraus, daß sein Antrag abgelehnt werde, da er ja vom Staatssekretär v. Marschall schon abgelehnt worden sei, ehe er noch dessen Begründung gehört hatte. Er stelle ihn trotzdem, weil er offen seine Meinung sage. An den Reichskanzler aber richte er die Bitte, eine wohlwollende Haltung einzunehmen. Hier biete sich ihm die Gelegenheit, seinen guten Willen für die Landwirthschaft in die That umzusetzen. Er bitte ihn, den Nothstand der Landwirthe nicht in Permanenz zu erklären, sondern den Landwirthen wenigstens einen Hoffnungsschimmer zu lassen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. **Schulze-Henne** (nl.): Der Verdacht, daß seine Partei die Interessen der Landwirthschaft nicht wahrnehme, sei unbegründet. Er selbst sei Landwirth und Schutzzöllner und er könne doch nicht einem Vertrage zustimmen, der die Landwirthschaft schädige. Er habe sich durch die reifliche Prüfung in der Kommission von der Richtigkeit seiner früheren Bedenken überzeugt. Die Ablehnung des Vertrages hätte nicht die Tragweite, wenn das Provisorium mit Rumänien nicht bestände. Rumänien habe gar kein so großes Interesse, gerade sein Getreide an Deutschland los zu werden. Der Ausfall an Zöllen, der noch größer durch einen Vertrag mit Rußland würde, käme bei Rumänien nicht in Betracht. Die Industrie würde ebenso wie durch den deutsch-österreichischen Vertrag große Vortheile haben. Durch Ablehnung der Verträge würden diese Industriearbeiter geschädigt werden. Den landwirthschaftlichen Arbeitern würden auch die Löhne dadurch in keiner Weise erhöht werden und so dieser beklagenswerthe Zustand der Auswanderung der ländlichen Arbeiter gar nicht geändert werden. Er halte zwar die ganze Handelspolitik der Regierung für keine sehr segensreiche, sehe aber doch keinen genügenden Grund, gerade diese Verträge abzulehnen.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) räth dem Abg. v Bennigsen, es den Gegnern der Verträge zu überlassen, die politische Tragweite ihrer Entschließungen zu ermessen. Wenn man von der Noth spreche, die bei Ablehnung der Verträge über die deutschen Industriearbeiter hereinbreche, so sei doch wohl etwas Uebertreibung dabei. Die Ausfuhr nach Rumänien werde doch nicht sofort ganz stocken. Die landwirthschaftlichen Arbeiter verdienten doch auch Berücksichtigung; jährlich zögen Tausende von ländlichen Arbeitern in die Stadt und würden dort Sozialdemokraten. Gerade der Beifall, den die Sozialdemokraten dem Reichskanzler spendeten, zeige, daß er auf einer schiefen Ebene sei. (Lachen links.) Die Bindung der Zölle gehe nach oben hin, nicht nach unten. Wenn einmal die Sozialdemokraten ans Ruder kämen, würden die Getreidezölle trotz der Bindung ganz verschwinden. (Abg. Dr. Meyer ruft: Ist denn die Gefahr wirklich so groß? Heiterkeit.) Der Reichskanzler habe gemeint, daß die Fürsorge für die Landwirthschaft Sache der Einzelstaaten sei. Das scheine ihm ein Standpunkt zu sein, der von dem des Fürsten Bismarck sehr abweiche. Er erinnere an die großen Reden Bismarcks, die gezeigt haben, in welchem Maße sich Fürst Bismarck seiner großen Verantwortung für das Wohl und Wehe der Landwirthschaft bewußt war. Die Folge der Auffassung des Reichskanzlers werde sein, daß sich die Einzelstaten viel mehr als bisher mit Reichsangelegenheiten werden beschäftigen müssen. Denn komme hier bei der Militärfrage, bei der Gesetzgebung überhaupt die Landwirthschaft nicht fast stets in Frage? Die Währungsfrage habe der Reichskanzler ja selbst hervorgehoben. Er verwahre sich, daß er demagogisch diese Frage behandelt habe. Das könne der Bauer wohl verstehen, daß eine internationale Verständigung nöthig sei. Verletzend sei es, daß der Reichskanzler die bimetallistische Frage mit dem Antisemitismus in Verbindung gebracht habe. Auch der Bund der Landwirthe habe keine wilde Agitation getrieben. Ohne die Agitation des Bundes wäre es wohl sehr schwer geworden, für die Militärvorlage eine Mehrheit zu Stande zu bringen. (Sehr richtig! rechts) Die Agitation, die entstanden sei, sei wesentlicher veranlaßt worden durch die Reden des Reichskanzlers über die Landwirthschaft. Die letzten Reden würden die Agitation sehr erheblich steigern. (Zustimmung rechts.) Er halte an seiner prinzipiellen Ablehnung der Verträge fest und wolle nur einen Punkt hervorheben: nach dem Vertrage sei es Rumänien gestattet, Ausländern die Niederlassung in der Dobrutscha zu verbieten. Er frage, ob wir ein solches Recht, Ausländern gewisse Theile des Reiches zu verschließen, auch hätten. Dem Reichskanzler danke er für seine gestrigen Erklärungen über die Währungsfrage. Der Reichskanzler sei auf den wichtigsten Punkt bereits gestoßen, nämlich auf die Frage, ob der Goldwerth gestiegen sei. Daran sei thatsächlich kein Zweifel mehr. Er halte mit Soetbeer eine Lösung der Währungsfrage auch ohne England für möglich. Er freue sich, daß der Reichskanzler sich mit dieser Frage angelegentlich beschäftige, denn sie biete in der That die Möglichkeit zur Versöhnung der Parteien. (Oho! links.) Gewiß, denn bei einer internationalen Regelung der Währungsverhältnisse seien seine Freunde gern bereit, mit den Zöllen noch weiter herunterzugehen. Er hoffe, daß man sich diese Möglichkeit zur Versöhnung der Gegensätze nicht entgehen lassen werde. (Bravo! rechts.)

Abg. **Schippel** (Soz.). Die Bewilligung der Verträge auf 1 Jahr, wie sie der Abg. Kanitz beantrage, sei nicht ernst zu nehmen. Die agrarische Bewegung sei nicht wegen des Nothstandes der Landwirthschaft ins Leben gerufen worden, sondern um Erpressungen auf die Regierung auszuüben. Seine Partei habe zwar kein Interesse an dem großen Ansehen der Regierung, sie wünsche aber nicht, daß die Staatsinteressen hinter den Sonderinteressen zurücktreten. Den zweiten Theil der beantragten Resolution könnte seine Partei nicht annehmen, da es nicht in ihrer Absicht läge, der Regierung derartige Blanco-Vollmachten zu ertheilen. Wohin sollen solche internationale Regelungen führen? Etwa zu solchen, wie die gegen die Anarchisten? Redner wendet sich sodann zu den Aeußerungen Bennigsens der die Anarchisten auf Grund eines Artikels des „Vorwärts" an die Rockschöße seiner Partei zu hängen versucht habe. Herr v. Bennigsen sollte doch in seinen Aeußerungen vorsichtig sein. Vorsicht habe er ja doch sonst immer als besten Theil der Tapferkeit erkannt. Als er Mitglied des Nationalvereins war, da habe auch hinter ihm der Anarchismus gestunden, wie es der selbige Bundestag damals ausgesprochen habe. Daß sie das Gespenst der Anarchie, das hinter ihnen stände, beschönigten, sei durchaus nicht wahr. Redner verliest den Artikel des „Vorwärts" und wendet sich sodann zu der Bedeutung der agrarischen Bewegung. Um den Taumel, den diese Bewegung erreicht habe, zu kennzeichnen, verliest er einige Stellen aus der „Deutschen Landwirthschaftlichen Zeitung", einem Organ des Bundes der Landwirthe. In diesen wird der Attentäter Nobiling den Parteien aufgebürdet, die 1878 gegen die Schutzzollpolitik des Fürsten Bismarck gesprochen haben. Das erlösende Wort des Fürsten Bismarck sei nur die Folge der Attentate gewesen. Jetzt werde diese segensreiche Frucht verfaulen. Das käme davon, wenn grüne Jungen die Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck ändern wollten. Das sei die neue spezifisch-agrarische Art des pluralis majestatis. Er sehe aber in der agrarischen Bewegung die stärkste Volksbewegung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft neben der sozialdemokratischen. Wohin dieselbe führen wird, darum würden sich die Sozialdemokraten nicht kümmern, ebensowenig ob die Regierung dabei zu Grunde gehen, oder ob die monarchische Gesinnung dabei Schaden leiden werde. Dafür könnten die nur zittiren auf der Rechten, die immer für die Monarchie eintreten. Für seine Partei seien die Verträge eine Abschlagszahlung, die eine Verbilligung der Lebensmittel herbeiführten. Das wirkliche Volkswohl würde doch nicht gefördert auf diese Weise. Seine Partei, der die Zukunft gehöre, halte ganz andere Maßregeln für nothwendig. Sie stimmten für die Handelsverträge.

Abg. Graf **zu Inn- und Knyphausen** erklärt, daß er für eine Gemeinschaft der Interessen der Industrie und Landwirthschaft eintrete. Die Landwirthschaft befinde sich in einer ungünstigeren Lage als die Industrie. Diese sollte also der Landwirthschaft Hilfe bringen. Die politischen Gründe hätten zwar eine Allianz mit Italien und Oesterreich gerechtfertigt. Warum sei es aber nöthig, daß allein die Landwirthschaft die Kosten dafür trage? Man müsse bei den Verträgen das Ganze im Auge haben. Wohin solle es führen, wenn wir 3 Verträge annehmen, und uns dann der russische Vertrag vorgelegt wird! Durch die hochherzige Politik des Fürsten Bismarck wäre die Landwirthschaft auf eigene Füße gestellt worden. Dies System der Schutzzollpolitik dürfe nicht durchlöchert werden. Der Schmuggel könnte trotz aller Ursprungsatteste doch noch die Landwirthschaft indirekt schädigen. Wenn wir schon mit den holländischen Beamten Schwierigkeiten hätten und von ihnen über das Ohr gehauen würden, wie würde es erst werden, wenn wir es mit der Ehrlichkeit der slavischen Nationen in Folge von weiteren Verträgen zu thun hätten? Die Ursprungszeugnisse können kaum einen großen Werth beanspruchen. Das Ausland würde nur den Segen von unserer Zollpolitik haben. Es gebe für ihn keine verschiedenen Interessen von Landwirthschaft und Industrie. Wenn man den Appell an ihn richte, für die Industrie einzutreten, so werde er es thun. Das Gerechtigkeitsgefühl verlange eben auch das Umgekehrte. Die Regierung wolle zwar mit starker Hand, wie es die „Kölnische Zeitung" sage, die Zölle gegen die Sturmangriffe von radikaler Seite schützen. Er werde sich nicht von den Zollverhältnissen beeinflussen lassen. Er habe keine feste Marschroute, sondern vertheidige sich frei nach seiner Ueberzeugung gegen den rumänischen Vertrag in Uebereinstimmung mit seinen Wählern, die aus Arbeitern und Bauern beständen.

Preußischer Finanzminister Dr. **Miquel:** Der Herr Vorredner hat seine Zweifel ausgedrückt, ob es möglich sei, durch eine wirksame Organisation der Zollkontrolle eine differentielle Behandlung durchzuführen. Das beweist doch das Interesse, welches die differentiell behandelten Staaten an dem Abschluß von Verträgen haben. Der Finanzminister benutzt die Gelegenheit, der neulichen Behauptung Schönlancks entgegenzutreten, daß er in einem Vortrage zu Frankfurt a. M. ausgeführt habe, daß dem Gemeineigenthum die Zukunft gehöre. Er habe nicht das gemeine Eigenthum gegen das Privateigenthum gestellt, sondern die Gemeinschaft gegen den Individualismus. Er habe gebundenes Eigenthum gegen absolut freies Eigenthum gestellt und den Kampf zwischen germanischem und römischem Recht gezogen. Er sage noch heute, das absolut freie Eigenthum brauche nicht nothwendig absolut freies Eigenthum zu sein. Man könne erwägen, ob nicht auf dem Gebiete des gebundenen Eigenthums die Hilfe für die Landwirthschaft zu suchen sei.

Abg. **Richter:** Ich hätte gewünscht, daß die preußische Regierung etwas nachdrücklicher für die Handelspolitik eingetreten wäre. Herr Miquel, der für die Agrarier doch so viel schon gethan hat, hätte sich nicht auf eine gelegentliche Bemerkung beschränken, sondern die hochgehenden Wogen der Erregung mildern sollen. (Zustimmung.) Man sagt, den Polen sei die Annahme der Verträge zu verdanken. Das kann man ebenso von jeder anderen kleinen Partei behaupten. Mit demselben Recht kann man sagen, die Polen haben die Militärvorlage gerettet. Damals hieß es: „mit den Polen Hand in Hand, Deutschland sonst aus Rand und Band" (Heiterkeit.) Ich muß sagen, daß ich die Einführung des polnischen Sprachunterrichts in die Schule für durchaus gerechtfertigt halte, und nicht nur im Interesse der Polen, sondern auch im Interesse der Deutschen, die wegen der mangelnden Kenntniß des Polnischen in ihrem Erwerb jetzt vielfach geschädigt sind. Den Antrag Kanitz ernsthaft zu diskutiren, ist schwer. Er hat Alles durchschmökert, um nach Beispielen für so kurze Verträge zu suchen. (Graf Kanitz: Der gestern abgeschlossene Vertrag mit Oesterreich!) Der rumänische Vertrag mit Oesterreich ist nur ein einfacher Meistbegünstigungsvertrag. (Zwischenruf des Grafen Kanitz). Wenn Sie (zum Grafen Kanitz) am Ende Ihres Lebens den zehnten Theil von dem gelernt haben, womit ich in den parlamentarischen Dienst eingetreten bin, können Sie sich glücklich schätzen. (Unruhe und Heiterkeit.) Der Antrag will nur dem Bund der Landwirthe Nahrung geben, denn der ganze Bund ist ja gegenstandslos, wenn die Zollfrage definitiv geregelt ist. Wenn die Herren nur einiges Verständniß für die Bedingungen industrieller Thätigkeit hätten, würden sie sich sagen, daß man nicht die große Arbeit und die Kosten aufwenden wird, um industrielle Beziehungen anzuknüpfen, deren Dauer gar nicht zu übersehen ist Und wie denken Sie sich die Wirkung eines schwankenden Zolles auf die Landwirthschaft? Sie setzen ja gerade eine Prämie darauf, daß die Einfuhr in den ungünstigen Zeiten möglichst stark ist. Die Rede des Grafen Bismarck war so allgemein, daß sie auf jeden Vertrag paßt. Man könnte sie halten, ohne den Vertrag mit Rumänien nur gelesen zu haben. Er hat den Reichskanzler als einen gelehrigen Schüler des Freihandels bezeichnet. Wenn das nur wahr wäre. Einen Reichskanzler als radikalen Freihändler habe ich nur einmal gesehen, es war sein Herr Vater. 1875 war es, als er uns die Rede hielt, den Zoll so zu vereinfachen, daß überhaupt nur 15 zollpflichtige Gegenstände übrig blieben. Das war ein Freihandel, vor dem uns unheimlich wurde. (Heiterkeit.) Graf Caprivi mit dem Zoll von 3,50 M. ist ja noch ein größerer Schutzzöllner als Fürst Bismarck bis 1887 war, denn bis dahin hielt er einen Zoll von 3 M. für ausreichend. Graf Bismarck hat den Segen der Zollgesetzgebung von 1879 gepriesen. Seit jener Zeit aber ist erst die Begehrlichkeit der Sonderinteressen aufgestachelt worden, die das allgemeine Interesse zu überwuchern droht. Ich erinnere mich, wie Frhr. v. Hoverbeck seiner Zeit erklärte: ich bin zu stolz und zu vornehm, um mich als den Vertreter eines einzelnen Standes zu bezeichnen; ich bin der Vertreter des allgemeinen Interesses. Heute gilt das nicht als zu vornehm. Auch materiell sind die erwarteten Erfolge nicht eingetreten. Die anderen Staaten sind unserm Beispiele gefolgt, Schlag auf Schlag sind wir durch die ausländische Zollgesetzgebung geschädigt worden, bis wir 1891 vor der Gefahr neuer hoher autonomer Tarife standen. Da begann die Umkehr, freilich viel zu schwach. Aber es ist ein Verdienst des Grafen Caprivi, endlich inne gehalten zu haben. Es wird so dargestellt, als ob die gesammte Industrie schutzzöllnerische Interessen hätte. Große Theile derselben sind aber geschädigt worden durch die Vertheuerung der Halbfabrikate, durch den Abschluß des Auslandes und die Einführung der landwirthschaftlichen Schutzzölle. Durch den rumänischen Vertrag wird die Möglichkeit einer Herabsetzung der so unerträglich hohen, der Militärverwaltung Millionen Mehrkosten verursachenden Haferpreise eintreten. Von einer Schädigung der landwirthschaftlichen Arbeiter könnte erst die Rede sein, wenn keine Grundrente übrig bliebe, und die Produktion eingeschränkt würde. Dann würden aber die Güter keine so hohen Preise erzielen, wie sie der Bruder des Grafen Kanitz bezahlt, der für ein Gut 400 000 Mark baar bezahlt. Der scheint mehr Vertrauen in die Zukunft der Landwirthschaft zu haben. Sie kämpfen nicht für die Interessen der Arbeiter, sondern nur für Ihre Grundrenten, wo doch auch die Kapitalbesitzer sich mit einem geringen Satz begnügen müssen. Die Wortführer der Agrarier gehören gerade der wohlsituirten Minderheit, den Fideikommißbesitzern an; diejenigen Landwirthe, die aber praktisch in ihren Beruf hineingekommen sind, treten für die Verträge ein (Zuruf rechts: Lutz), Herrn Lutz, den schenke ich Ihnen. (Heiterkeit links.) Wie kommt es bei Ihrem Interesse für die ländlichen Arbeiter, daß Sie für die Millionen der neuen Steuerprojekte eintreten, da die Arbeiter, die eifrige Raucher sind, ihre Ausgaben erhöhen. Sie weisen auf England hin bezüglich der Auswanderung, das sei die Folge, wenn man die Landwirthschaft ruinirt. Sie verwechseln England mit Irland. In England selbst, wo die Auswanderung gering ist, herrscht gerade dies unglückliche Erbrecht, das dem Erstgeborenen den Vorzug einräumt, das Sie verallgemeinern wollen, dort sind die großen Latifundien. Bei uns findet gerade aus den Gebieten der Fideikommisse die stärkste Auswanderung statt, da dieselben die kleinen Leute hindern, in Besitz von Land zu kommen. Graf Bismarck hat auf die Begeisterung der Landräthe hingewiesen, die in ihm endlich den richtigen Vertreter gefunden hätten. Ich habe mich sehr gefreut, daß er eine solche Bedeutung auf die Wähler legt. Es war sonst in seiner Familie nicht üblich. Da wurde der Wähler mit dem blinden Hödur verglichen. Ist denn die Wahl des Grafen Bismarck eine natürliche? Es liegen ja scharfe Wahlproteste vor. (Verschiedene Versuche des Redners, auf die Wahl näher einzugehen mit der Begründung, daß auch die Rechte wiederholt in der Debatte die Regierung aufgefordert habe, durch einen Appell an das Volk sich über die wahre Gesinnung des Volkes zu vergewissern, werden vom Präsidenten als nicht zur Sache gehörig gerügt. Der Präsident erklärt, daß er bei weiterer Behandlung dieses Themas sich genöthigt sehen werde, dem Redner das Wort zu entziehen.) Was die Rede des Grafen Kanitz betrifft, so hat derselbe, wenn er konsequent hätte sein wollen, gegen alle Vollmachten der Regierung zu Provisorien stimmen müssen, da dieselben die Regierung in den Stand setzten, Ermäßigungen an den Getreidezöllen anzubringen.

Er hat aber in seinen Reden, deren Sinn er heute umkehrt, darauf hingewiesen, daß in Folge der einmal angenommenen Verträge die freundschaftlichen Beziehungen auf alle Staaten ausgedehnt werden müßten, mit welchen Deutschland ein Interesse habe, in freundschaftliche Beziehungen zu treten. Die Industriellen sind mit den Verträgen zufrieden, die Herren von der Rechten wollen doch nicht klüger sein, als diese, wenn sie die gewährten Gegenleistungen auf industriellem Wege als zu gering ansehen. Amerika hat uns als Gegenleistung die Zollfreiheit auf unsere Zuckerausfuhr ausdrücklich zugestanden. Die Getreidezölle mit Rumänien waren schon ermäßigt durch die Provisorien, als die früheren Handelsverträge im Hause berathen wurden. Die Vollmachten zu diesen Provisorien sind wiederholt abgelaufen und genehmigt worden im Reichstag, ohne daß die Herren einen Widerspruch erhoben haben. Graf Bismarck hat diese schwache Seite herausgefühlt und dieselbe durch die Bemerkung: Was geht denn einen Reichstag ein früherer Reichstag an, abzuthun gesucht. Wenn dieser Grundsatz, daß jede Neuwahl das Band zwischen früheren Anschauungen und den jetzigen zerschneidet, sich verallgemeinert, dann wäre keine Regierung möglich, dann werde der Parlamentarismus am Grabe seines Ansehens stehen. Es würde nicht nach Grundsätzen, sondern nach Launen regiert werden. Ich bin Angehöriger des parlamentarischen Regierungssystems, ich würde mir aber in schärfster Opposition nicht gestatten, einer Regierung so gegenüber zu treten. Keine Regierung ist von einer Partei so schlecht behandelt worden, als die gegenwärtige von den Konservativen. (Lachen rechts.) Wenn eine Regierung in den guten Glauben versetzt wird, daß auf den Grundlagen der Provisorien sie berechtigt ist, Verträge abzuschließen, und man dann seine Meinung ändert oder es taktisch für richtig hält, ihr in den Arm zu fallen und die Verträge zu zerreißen, dann blamirt man diese Regierung (Sehr wahr! links) und schädigt nicht blos dadurch das Ansehen der zeitigen Regierung, sondern das jeder künftigen und ganz Deutschlands überhaupt. Darum haben wir uns auf der Linken thatsächlich zu einer großen Ordnungspartei (Lachen rechts) zusammenschließen müssen, um die Staatsautorität und die Autorität der Regierung (höhnisches Bravo! rechts) zu schützen gegen die Untergrabung, die von den Konservativen ausgeht. Es wurde vorhin das Wort erwähnt: an's Vaterland, an's theure, schließ' dich an. Das wollen wir. Wir wollen das Vaterland und die Interessen der Gesammtheit vertreten gegen die kurzsichtigen Sonderbestrebungen einzelner Interessengruppen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Klose** (Ctr.): Ich bin nicht Mitglied des Bundes der Landwirthe, auch kein Großgrundbesitzer. Ich sehe mich verpflichtet, vom praktischen Standpunkt aus meine Stellung zu motiviren, die mich zur Ablehnung der Verträge wegen vieler Bedenken führt. Die Industrie ist ja absolut nicht schutzbedürftiger wie die Landwirthschaft. Der Industrie ist es ja immer besser gegangen als der Landwirthschaft. (Sehr wahr! rechts.) Auch die Industrie ist übrigens nicht einstimmig für die Verträge, wie die dem Reichstag zugegangenen Petitionen zeigen. Wenn auch die Landwirthschaft vielleicht nicht direkt geschädigt wird, was ich übrigens auch nicht ganz zutreffend finde, so würden doch indirekt durch die Förderung der Industrie der Landwirthschaft Arbeiter entzogen. Diese Arbeiter werden schwächer und fallen im Alter der Armenverwaltung der Kommunen zur Last. Es entstehen also bei Begünstigung der Industrie für die ländlichen Gemeinden größere Lasten. Der Nutzen für die Industrie ist auch geringer, weil Rumänien mit Oesterreich einen Vertrag geschlossen hat, und dadurch der Export sich bedeutend vermindern wird. Die Festlegung der Zölle auf 10 Jahre wird, da sich die Transportgelegenheiten für Rumänien immer mehr verbessern, eine innere stärkere Schädigung der Landwirthschaft verursachen. Die Konsequenz der jetzigen Verträge wird doch schließlich ein Vertrag mit Rußland sein. Wo man mit allen Staaten Verträge schließt, sieht es doch wohl sehr feindselig aus, wenn mit Rußland kein Vertrag geschlossen wird. Man hat zwar, um die Landwirthschaft zu versöhnen, derselben Sondervortheile in Aussicht gestellt, z. B. für die Zuckerindustrie und den Spiritus. Man sollte aber lieber versuchen, die Sache der Landwirthschaft im Ganzen zu kräftigen. (Zustimmung rechts.) Das kann aber geschehen durch die Regulirung der Währungsfrage. Nicht um Opposition zu machen, sondern weil wir gefunden haben, daß unsere Existenz bedroht ist, stimmen wir gegen den Vertrag. (Bravo rechts und im Centrum.)

Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. **Lieber** erklärt, er wolle auf den vom Grafen Kanitz gebrauchten, dem Cirkus entnommenen Vergleich nicht eingehen, obwohl es im Hinblick auf den Jahresantrag nahe liege, den Stein auf das Glasdach des Grafen Kanitz zurückzuwerfen.

Abg. Dr. **v. Bennigsen** erklärt dem Abg. Schippel gegenüber, daß er den Anarchismus nicht mit der Sozialdemokratie habe zusammenwerfen wollen. Er wisse sehr wohl, daß der Anarchismus in Theorie und Praxis etwas ganz anderes sei als die Sozialdemokratie. Würde er aufkommen, so würde er jedenfalls die Sozialdemokratie ebenso niederschlagen wie die bürgerliche Gesellschaft. Der Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus sei sogar noch stärker, als der Gegensatz zu der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er habe aber seiner Indignation Ausdruck gegeben über die frivole Auffassung, mit der der „Vorwärts“ über das Verbrechen in Paris geurtheilt habe.

Abg. Dr. **Schönlank** bleibt dabei, daß er den fraglichen Vortrag Miquels über die Entwickelung des Eigenthums richtig wiedergegeben habe.

Abg. **Lutz**: Der Abg. Richter hat gesagt, den Abg. Lutz schenke ich Ihnen. Meine Freunde haben schon durch Zurufe bewiesen, daß sie mich gern als Geschenk annehmen. (Präsident v. Levetzow: Das ist nicht persönlich. Heiterkeit.) Wenn ich in die Lage käme, den Abg. Richter zu verschenken, keine Partei im Hause würde ihn geschenkt nehmen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Paasche**: Wenn der Abg. Graf Bismarck den Bericht über die Kommissionsberathung gelesen hätte, wie es der Sache würdig ist, so würde er mir zugeben, daß ich das Recht habe, seine Angriffe auf den Bericht als eine Don Quixoterie zu bezeichnen. (Der Präsident ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.)

Abg. Graf **Bismarck**: Der Ausdruck Don Quixoterie ist schon vom Präsidenten gerügt. Sonst würde ich ihn acceptiren gegen den Abg. Paasche als Windmühle, als welche er sich erwiesen hat im Bunde der Landwirthe. (Heiterkeit.)

In der Spezialdiskussion wurden die Art. 1—22 des Vertrages mit Spanien debattelos in einfacher Abstimmung angenommen.

Bei Artikel 23 liegt der Antrag Kanitz vor, den Vertrag nur auf 1 Jahr abzuschließen.

Der Antrag, für den die Konservativen, Antisemiten und ein Theil der Reichspartei stimmen, wird abgelehnt, Art. 23, sowie der Rest des Vertrages unverändert angenommen.

Der Vertrag im Ganzen wird ebenfalls angenommen.

Bei Art. 1 des Vertrages mit Rumänien erklärt Abg. Fürst **Radziwill**: Graf Kanitz hat es für richtig gehalten, Motive unserer Abstimmung unterzuschieben, die mit der Sache, die uns beschäftigt, selbst in keinem Zusammenhang stehen. Soweit darin hat die Insinuation enthalten sein sollen, daß wir eine bessere Ueberzeugung zur Erreichung von Nebenzwecken geopfert hätten, muß ich dieselben als eine vollkommen willkürliche und unberechtigte aufs entschiedenste zurückweisen. (Bravo! bei den Polen). Im Uebrigen muß ich für meine parlamentarische Partei wie für Jeden unter uns das Recht in Anspruch nehmen, bei Abwägung der Entscheidung über große politische Fragen mit in Rechnung zu stellen dasjenige Maß von Vertrauen, welches man dem Verständniß und Gerechtigkeitssinn der jeweiligen Personen, die an der Spitze der Regierung stehen, entgegenbringen kann. Beide Eigenschaften muß ich leider in dem ganz unmotivirten Verstoß des Grafen Kanitz gegen unsere Nationalität und unsere parlamentarische Partei vermissen, und ich kann nur wünschen, daß er möglichst wenig Beifall in seiner Partei in dieser Beziehung ernten möge. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Graf **Kanitz** erwidert, daß er für seine Person nicht nach irgend welchen Motiven gesucht habe. Er habe nur von der Meinung gesprochen, die sich im Lande vielfach geltend mache.

Art. 1 des Vertrages mit Rumänien, sowie der Rest des Vertrages und der Vertrag im Ganzen werden hierauf angenommen, desgleichen der Vertrag mit Serbien.

Zur Berathung steht nun noch der von der Kommission empfohlene Antrag Lieber betr. Maßnahmen zur Förderung der Landwirthschaft.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Dr. **Lieber**: So großes Gewicht ich darauf lege, daß die in der Kommission von mir vorgeschlagene Resolution hier ihre Erledigung findet, so glaube ich doch allen ein erwünschtes Weihnachtsgeschenk dadurch zu machen und halte es auch im Interesse der Sache für angemessen, wenn ich den Antrag stelle, die Resolution von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Sodann vertagt sich das Haus bis Dienstag, den 9. Januar, 2 Uhr (Novelle zur Konkursordnung in Verbindung mit dem Antrage Rintelen auf Abänderung der Konkursordnung und Wahlprüfungen). Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 15. Dez. [Aus dem Reichstage.] Die drei Handelsverträge sind in dritter Lesung angenommen, und der Reichstag gönnt sich Ferien bis zum 9. Januar. Auf eine namentliche Abstimmung über den rumänischen Vertrag hatten die Konservativen heute verzichtet. Auf der linken Seite des Hauses waren sechs oder sieben Mitglieder zu sehen, die bei der zweiten Abstimmung gefehlt hatten und die die neuliche Mehrheit noch verstärkt hätten. So hatte eine Wiederholung der Auszählung gar keinen Zweck; die Niederlage der Agrarier wäre nur noch beträchtlicher erschienen. Ein Verlegenheitsakt ohne rechten Sinn war der Antrag Kanitz, die Verträge nur für ein Jahr zu bewilligen. Nicht einmal die Freikonservativen konnten sich für diese wunderliche Forderung erwärmen, und da Graf Kanitz sich mit den Konservativen allein sah, so hatte er an der Abstimmung über seinen Antrag beim spanischen Vertrage gerade genug und zog sein Begehren bei den Abstimmungen über den rumänischen und serbischen Vertrag zurück. Graf Kanitz hat heute auch sonst Unglück gehabt; er, der unstreitig die beste rednerische Kraft der Konservativen darstellt und dessen Fehler immer noch etwas Sympathisches haben — weil seine Person sympathisch ist — ist heute in einen Fehler verfallen, den ein gewandter Parlamentarier niemals begehen soll. Er hat die Motive der Abstimmung der Polen zu untersuchen unternommen, und was sich in Zeitungen wohl sagen läßt, das darf im Parlament nur dann gesagt werden, wenn man die Beweise gleich klipp und klar auf den Tisch legen kann. Natürlich wird es dem Grafen Kanitz aber immer unmöglich bleiben, aktenmäßig festzustellen, welch ein Zusammenhang zwischen der Abstimmung der Polen und der Polenpolitik der Regierung besteht. Fürst Radziwill hatte es deshalb bequem, mit wenigen ausdrucksvollen Worten die Selbständigkeit seiner Fraktion zu betheuern, und er drehte den Spieß geschickt um, indem er sein und seiner Freunde Vertrauen auf das Verständniß und den Gerechtigkeitssinn der Regierung ausdrückte, Beides Eigenschaften, die er an der Politik des Grafen Kanitz und der Konservativen mit Bedauern vermissen zu sollen erklärte. Die Provokation des Grafen Kanitz richtete sich natürlich weniger an die Adresse der Polen als an die des Reichskanzlers. Aber Graf Caprivi hatte heute keine Lust, sich herauslocken zu lassen. Weder Graf Bismarck mit seiner von allerlei Spitzen durchsetzten Rede noch Graf Kanitz noch Herr v. Kardorff, die sich alle am Grafen Caprivi stark genug rieben, konnten die Gelassenheit des Kanzlers erschüttern. Damit sind denn auch die Angriffe dieser Herren hinreichend auf ihren wahren politischen Werth zurückgeführt. Sie haben nämlich keinen, weil es nichts als Wiederholungen waren von oft gehörten Dingen, und weil der Eindruck auf das Haus auch nur mäßig blieb, im Lande aber vollständig fehlen wird. Zumal die Bismarcksche Rede, so absichtsvoll pointirt sie erschien, stellte schließlich doch nichts Anderes dar als ein nicht einmal interessantes Kompendium von Reden und Artikeln, mit denen die agrarische Agitation jetzt seit vielen Monaten Deutschland überschwemmt, um sich durch dies Uebermaß von selbst um jede tiefere Wirkung zu bringen. Graf Bismarck hat in der Militärdebatte dieses Sommers unstreitig geschickter, temperamentvoller, individueller gesprochen als heute. Es war die richtige agrarische Durchschnittsrede, etwa nach dem Muster des Herrn von Plötz oder des Herrn von Kardorff, die er dem Reichskanzler und dem Hause versetzte, und wenn Herr von Marschall nur verhältnißmäßig geringe Mühe zur Widerlegung dieses Angriffs aufwandte, so hatte er damit die Qualitäten der Bismarckschen Rede genügend eingeschätzt. Die wirksamste Rede dieses Tages war die des Abg. Richter, die das Haus in eine wahre Erregung versetzte. Richter leistete sich den wohlgelungenen Spaß, dem Grafen Bismarck vorzuhalten, daß der eifrigste Freihändler, den es bis in die Mitte der siebziger Jahre in Deutschland gegeben — Fürst Bismarck gewesen war. So freihändlerisch war der damalige Reichskanzler, daß es sogar die Freisinnigen einigermaßen besorgt machte. Eine ironische Wendung des Abg. Richter, der sich darüber wunderte, daß nicht der Finanzminister Miquel die Unterstützung der Handelsverträge mit übernommen, wurde auf beiden Seiten des Hauses verständnißinnig gewürdigt, konnte aber weder den Reichskanzler noch Herrn Miquel veranlassen, den Bund, den der Abg. Richter bei ihnen vermißte, noch nachträglich in bengalischer Beleuchtung zu vollziehen. Die Frage kann in der That aufgeworfen werden, aus welchem Grunde die Last der Vertretung dieser Handelsverträge so ganz ausschließlich dem Reichskanzler und dem Staatssekretär von Marschall verblieben ist. Zwar hat der preußische Handelsminister Frhr. von Berlepsch gestern eine Lanze für den Vertrag mit Spanien eingelegt, aber diese vereinzelte Aktion läßt nur umsomehr vermissen, daß nicht die übrigen zuständigen preußischen Minister mit auf die Bresche gestiegen sind. Zumal von Herrn Miquel durfte man wohl erwarten, daß er seine Agrarier zu besänftigen wissen werde. Oder durfte man es nicht erwarten? Will er sich für Gelegenheiten schonen, wo er den Agrariern als rettender Engel statt als Strafprediger erscheinen kann? Wenn die Konservativen einen Unterschied zwischen dem obersten Reichsbeamten und dem preußischen Staatsministerium machen und wenn sie hier und besonders bei Herrn Miquel eine Unterstützung voraussetzen, über deren Mangel dort sie sich so ungeberdig beklagen, so bedeutet das eine Disharmonie in der Leitung der preußischdeutschen Geschäfte, und eine neue Unsicherheit wird so bereitet. Daß nicht Alles klappt, zeigen die merkwürdigen Bemühungen, die Kluft zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen noch während des heftigsten Streites zu überbrücken. Die Frage ist nur, ob diese Bemühungen bei den gereizten Konservativen Erfolg haben werden, aber versucht wird jedenfalls aus dem Lager des Reichskanzlers, die Gegensätze zu mildern. Schon aus der gestrigen Rede des Grafen Caprivi hat trotz der Schärfe mancher Wendungen die Sehnsucht nach einem besseren Einvernehmen mit der Rechten herausgeklungen; heute ist es ein Leitartikel der „N. A. Z.“, der den Konservativen zu Gemüthe führt, wie gut sie es doch bei und mit diesem Reichskanzler haben. Sie dürften sicher davor sein, daß sich die Regierung an ihnen in dem Sinne „rächen“ werde, „in welchem es jetzt in manchen Organen der vorübergehend regierungsfreundlichen Presse nicht nur gewünscht zu werden scheint, sondern dringend verlangt wird.“ Das ist deutlich. Die Mehrheit, die die Handelsverträge aus dem Kampfgewoge herausgehauen hat, bekommt ihren Abschied, und das Herz des leitenden Staatsmannes zieht ihn zu den Feinden. Wenn er nur Gegenliebe findet!

* **Stuttgart**, 15. Dez Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ veröffentlicht die Ernennung des Staatsraths Pischek zum Minister des Innern.

Lokales.

Posen, 16. Dezember.

* **Personalnotiz.** Der Amtsrichter Kowalke in Labischin ist an das Amtsgericht in Inowrazlaw versetzt worden.

* **Namensänderung.** Nach einer Bekanntmachung der Ober-Postdirektion führt die Postagentur Slonskowo fortan die Bezeichnung „Sonnenthal“.

Aus der Provinz Posen.

* **Schneidemühl**, 15. Dez. [Vom Unglücksbrunnen.] Der Landes-Bauinspektor Chudzinski macht bekannt, daß die Angaben und die Kritik des Brunnenmachers Beyer über die von ihm unbefugterweise vorgenommenen Untersuchungen des Freundschen Sandhügels geeignet seien, irrige Ansichten über die nunmehr erfolgte Verstopfung der Quelle zu verbreiten. Soweit sich menschlich ein Urtheil über die Sachlage geben lasse, sei durch die geschehene Ausführung des vom Ober-Berghauptmann Freund ausgearbeiteten Projekts eine durchaus sichere Schließung der Quelle erreicht.

○ **Argenau**, 15. Dez. [Zum Eisenbahnunglück.] Die beiden bei dem gestern berichteten Rübenbahn-Unglück verunglückten Heizer Szoczak und Swytalski sind ihren Verletzungen erlegen. Ein Zugführer soll übrigens, wie es heißt, ein ungeprüfter Beamter gewesen sein.

Telegraphische Nachrichten.

Liegnitz, 15. Dez. Der Ballon „Phönix“, der vor $8\frac{1}{2}$ Uhr in Berlin aufgestiegen war, ist nach ergebnißreicher Fahrt östlich von Liegnitz glatt gelandet.

Wien, 15. Dez. Der Volkswirthschafts-Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm den Gesetzentwurf betreffend die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit Spanien an und beantragte, die Regierung aufzufordern, der Förderung der freien Schifffahrt zur direkten Verbindung zwischen Triest und Spanien besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Genua, 15. Dez. In der Bilanz, welche die „Banca popolare“ mit dem Ansuchen um Gewährung eines Moratoriums beim Gericht einreichte, betragen die Aktiven 2 350 000 Lire mehr als die Passiven.

Paris, 15. Dez. Die Abgeordneten der Bergarbeiter sämmtlicher Kohlengruben, welche behufs Gründung einer Alterversorgungskasse für Bergleute nach Paris gekommen waren, konferirten mit der sozialistischen Kammergruppe. Die Delegirten erklärten, die Vereinigungen der einzelnen Kohlenbezirke würden zu einer nationalen Vereinigung zusammentreten. Ein Nationalkongreß werde demnächst einberufen werden, um die Statuten der Vereinigung festzusetzen. — Nach einer Meldung des „Temps“ aus Saint Louis (Senegal) hat Oberstlieutenant Bonnier bei Tenetu die Streitkräfte Samorys geschlagen. Samory ergriff die Flucht. — Nach Meldungen aus Buenos-Ayres hat der Kongreß die Verlängerung des Belagerungszustandes beschlossen. — Sechs Anarchisten sind aus Buenos-Ayres ausgewiesen worden.

Paris, 15. Dez. Der Deputirte Turrel brachte in der Kammer den Antrag ein, daß der gesetzliche Alkoholgehalt des Weines höchstens 11 Grad betragen dürfe, damit der Weinfälschung durch Alkohol vorgebeugt werde. — Wie aus Saint Nazaire gemeldet wird, befinden sich 1500 Zimmerarbeiter der Loire im Ausstand, da sie weder eine Lohnreduktion noch den Achtstundentag acceptiren wollen.

London, 15. Dez. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ aus Shanghai vom heutigen Tage ist die Angelegenheit betreffend die Ermordung der beiden schwedischen Missionare Wikholm und Johannsson in Sungpu durch den schwedischen Generalkonsul Bork auf Grund eines Uebereinkommens, ähnlich dem 1891 nach den Metzeleien von Wusueh geschlossenen, geregelt worden. Darnach zahlt China eine Entschädigung von 40 000 Dollars.

Newyork, 15. Dez. Wie der „Newyork Herald“ aus Montevideo meldet, richtete der Admiral de Gama ein Manifest an die Garnison von Villegaignon, in welchem er seiner hohen Bewunderung für die Tapferkeit der Garnison Ausdruck giebt und dieselbe der Unterstützung fast der ganzen Nation versichert, welche nicht ermangeln werde, diejenigen zu belohnen, welche für die besten Interessen des Volkes kämpfen. Die Kongresse der Provinzen Minas-Geraes, Pernambuco, Sao Paulo, Parana, Santa Catharina und Rio Grande hätten Resolutionen angenommen, in denen sie Peixoto zu seiner Haltung in dem Kampfe gegen die Insurgenten beglückwünschen. — Die Schiffe de Mellos blokiren gegenwärtig Santos ebenso wie Rio de Janeiro.

Mexiko, 15. Dez. Der Bauvertrag zur Fertigstellung der Tehuantepec-Eisenbahn wurde mit dem Bauunternehmer Ingenieur Stanhope abgeschlossen. Die Wiederaufnahme der Arbeiten zur Vollendung derselben ist bereits erfolgt.

Buenos-Ayres, 14. Dez. Die Kammer setzte die Berathung des s. Z. von Romero mit Rothschild vereinbarten Uebereinkommens fort. 20 Deputirte beantragten die Vertagung der Berathung bis zum Mai und vollständige Bezahlung der Zinsen der Schuld in der Zwischenzeit.

Petersburg, 16. Dez. [Privat-Telegr. der „Pos. Ztg."] Die hier residirende russische Aristokratie veranstaltete gestern Abend ein Festessen zu Ehren des französischen Botschafters Grafen Montebello anläßlich seiner Auszeichnung durch Verleihung des Alexander-Newski Ordens. An dem Festessen nahmen Theil alle Minister, Mitglieder des Reichsraths, Generalität und viele andere hochgestellte Personen. Die zahlreichen Trinksprüche auf den Zaren und Carnot gipfelten alle in dem Gedanken der Verbrüderung beider Nationen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 16. Dezember, Morgens.

Gestern verschied hier der Professor an der hiesigen Universität, Geheimrath Carl Ludwig Michelet, der älteste deutsche Philosoph, im Alter von 92 Jahren an den Folgen einer Erkältung.

Das italienische Parlament ist zum 19. Dezember einberufen.

Auch in London bildet sich ein Ausschuß zur Vertretung der Interessen der griechischen Bons Besitzenden.

Der englische Dampfer „Perry" wurde in sinkendem Zustande im irischen Kanal verlassen. Der Kapitän wurde gerettet. Die Besatzung von 12 Mann ist wahrscheinlich ertrunken.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin,** 15. Dez. **[Zur Börse.]** Die „Nat.-Ztg." berichtet: Eine Ruhe bis zur Geschäftslosigkeit herrschte heute an der Börse vor. Die Stimmung konnte dabei zu keinem prägnanten Ausdruck kommen; man bezeichnete sie als fest, weil die Course der am meisten von der Spekulation berücksichtigten Papiere einige Coursbesserung aufwiesen. Wie wenig Neigung zu rückgängigen Bewegungen obwaltet, beweist, daß der ausgesprochene Bankerott Griechenlands heute nicht mehr zur Diskussion kam. Allerdings waren die Börsen darauf längst vorbereitet, aber man konnte doch voraussetzen, daß der Treubruch eines Landes einigen Eindruck machen werde. Größere Bewegung zu steigenden Coursen entwickelte sich nur in Mexikanern. Das Gerücht, die indische Regierung beabsichtige einen Zoll auf die Einfuhr von Silber zu legen, das gestern gegen dieses Papier ausgeführt und zu Abgaben Anlaß gegeben hat, wird mit Recht als unwahrscheinlich bezeichnet. Die Aufhebung der freien Silberprägung ist eine Maßregel, die doch in genügender Weise die Einfuhr von Silber in Indien hemmen könnte. Ob der Antrag Voorhees im Washingtoner Kongreß zur Annahme kommen dürfte, darf wohl Zweifeln begegnen.

Bremen, 15. Dez. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Sehr fest Loko 4.95.

Baumwolle. Stetig. Upland middling, loko 40¾ Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferund p. Dez. 40¼ Pf., p. Jan. 40¼ Pf., p. Febr. 40½ Pf., p. März 40¾ Pf., p. April 41 Pf., p. Mai 41¼ Pf.

Schmalz. Ruhig. Shafer — Pfg., Wilcox — Pfg., Choice Grocery — Pf., Armour shield 46½ Pf., Cudahy — Pf. Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 40 Pf.

Wolle. Umsatz: 202 Ballen.

Tabak. Umsatz: 39 Fässer Kentucky.

Hamburg, 15. Dez. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Dez. 12,30, p. März 12,57½, per Mai 12,72½, per Sept. 12,72½. Ruhig.

Hamburg, 15. Dez. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Dezember 82½, per März 81¼, per Mai 79½, Sept. 76¾. Fest.

Paris, 15 Dez. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 34,25 à 34,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dez. 36,75, Januar 36,75, per Jan.-April 36,87½, per März-Juni 37 12½.

Paris, 15. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Dezember 20,50, p. Januar 20,60, per Januar-April 20,70, p. März-Juni 21,00. — Roggen ruhig, per Dezbr. 14,60, per März-Juni 14,80. — Mehl ruhig, per Dezember 43,50, per Januar 43,40, per Jan.-April 43,70, per März-Juni 44,10. — Rüböl matt, per Dezember 52,00, per Januar 52,50, per Januar-April 53,00, per März-Juni 53,50. — Spiritus matt, per Dezember 35,00, per Jan. 35,50, per Jan.-April 36,00, p. Mai-August 36 75. Wetter: Schön.

Havre, 15 Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee good average Santos, p. Dez. 102,75, per März 100,50, p. Mai 98,75. Schleppend.

Havre, 15 Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Hausse.

Rio 20 000 Sack, Santos 14 000 Sack Rezettes für 2 Tage.

Antwerpen, 15. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 11¾ bez. 11⅞ Br., per Dez. 11¾ bez. u. Br., Jan. 11⅞ Br., per Jan.-März 11⅞ Br. Fest.

Antwerpen, 15 Dez. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig

Amsterdam, 15. Dez. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unveränd., p. März 156, per Mai 157. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine träge, per März 112, pr. Mai 111. — Rüböl loko 24½, per Mai 24¼.

Amsterdam, 15 Dez. Java-Kaffee good ordinary 52.

Amsterdam, 15. Dez Bancazinn 47¾.

London, 15 Dez. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten Wetter: Milde.

London, 15 Dez. Chili-Kupfer 43⅜, p. 3 Monat 43⅞.

Glasgow, 15. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 44 sh. — d

Glasgow, 15. Dez. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 322 024 Tons gegen 343 078 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 15 gegen 76 im vorigen Jahre.

Liverpool, 15. Dez. [Getreidemarkt.] Weizen ½ d., Mais ¼ d niedriger, Mehl ruhig. Wetter: Schön.

Liverpool, 15. Dez., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. — Fest.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dezember-Januar $4\frac{7}{32}$ Käuferpreis, Januar-Februar $4\frac{7}{32}$ do., Februar-März 4¼ Verkäuferpreis, März-April $4\frac{17}{64}$ do., April-Mai $4\frac{9}{32}$ Käuferpreis, Mai-Juni $4\frac{5}{16}$ do., Juni-Juli $4\frac{21}{64}$ do., Juli-August $4\frac{23}{64}$ d. do.

Petersburg, 15. Dez. Produktenmarkt. Talg loko 58,00, per August —,—, Weizen loko 10,00, Roggen loko 6,35, Hafer loko 4,10, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 14,50. — Wetter: Regen.

Newyork, 14 Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 8 do. in New-Orleans 7⅜ Petroleum stramm, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10. do. rohes 6 00. do Pipeline certifikates, per Jan. 79. Schmalz Western steam 8,50, do Rohe u. Brothers 8,75. Mais p. Dezbr. 44½, p. Jan. 44⅛, p Mai 45¾, do. Rother Winterweizen 67¾, do. Weizen p. Dezbr. 67½, do. Weizen p. Januar 67½, do. Weizen per März 69⅞, do. Weizen p. Mai 72⅛. — Getreidefracht nach Liverpool 3. — Kaffee fair Rio Nr. 7 18¼, do. Rio Nr. 7 p. Januar 16,77. do. Rio Nr. 7 p. März 16,22. — Mehl Spring clears 2,30 — Zucker 2⅝. — Kupfer loko 10,50.

Chicago, 14. Dez. Weizen per Dezember 61¼, per Mai 67½. Mais per Dezember 35⅜. — Speck short clear nom. Pork per Dezember 12,62.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 16. Dez. Wetter: Gelinde.

Newyork, 15. Dez. Weizen per Dez. 67¼ C., per Jan. 67¾ C.

Hamburg, 15. Dez. Salpeter loko 8,57½, Februar-März 8,70. Ruhig.

Berliner Produktenmarkt vom 15. Dezember.

Wind: W., früh + 1 Gr. Reaum., 767 Mm. — Wetter: Schön.

Die Geschäftslosigkeit an unserem Getreidemarkt nimmt, wenn möglich, von Tag zu Tag noch zu und der Verkehr beginnt schon an Verödung zu grenzen. Bemerkenswerth ist dabei aber doch, daß, obwohl aus Amerika erheblich niedrigere Notirungen vorlagen, hier weder für Weizen, noch für Roggen irgendwie stärkeres Angebot hervortrat; freilich bestand auch keine Kauflust, aber die notirten, allerdings meist nur nominellen Preise sind gegen gestern doch gut behauptet Einiger Umsatz vollzog sich nur in Hafer, der durch einige Deckungen auf laufenden Monat eine Kleinigkeit im Preise gesteigert wurde und auch auf Spätlieferung eher festere Haltung zeigte. — Gek.: 200 To. Roggen, 50 To. Hafer.

Roggenmehl blieb unverändert. Gek. 500 Sack.

Rüböl ist bei geringem Verkehr etwas besser bezahlt worden, wogegen Spiritus nur ungefähr gestrigen Preisstand behauptet hat. Gek. Spiritus 30 000 Liter.

Weizen loco 136—149 M. nach Qualität gefordert, Dezember 142,50 M., April 147,75—148,25 M. bez., Mai 149,00 M. bez., Juni 150,50 M. bez., Juli 152,00 M. bez.

Roggen loco 123—127 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 125,00—125,50 M. ab Bahn bez, Dezember 125,25 bis 125,50 M. bez., Mai 128,75—129,00 M. bez.

Mais loko 113—123 M. nach Qualität gef., Dezember 112,75 Mark nom., Mai 108,50 M. nom., Juni 109,25 M. nom., Juli 109,50 M. nom., September 111 M. bez.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 118—185 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 143—182 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 144—162 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 145—162 M., do. schlesischer 144—160 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 166—173 M. ab Bahn bez., Dezember 152,75—153,25 M. bez., Mai 139,75—140 M. bez.

Erbsen Kochwaare 164—198 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 139—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—18,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,50 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,25 bis 15,50 M. bez., Dezember 16,00 M. bez., Januar 16,20 M. bez., Febr. 16,30 M. bez., Mai 16,70 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 45,8 M. bez., Dezbr. 46,1 M. bez., April-Mai 46,9 M. bez, Mai-Juni 47,1—47—47,1 M. bez.

Petroleum loko 19,70 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 50,9 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 31,3 M. bez., Dez. 30,9—30,8—30,9 M. bez., Jan. 35,8 M. bez.. April 37—36,9 M. bez, Mai 37,1—37 M. bez., Juni 37,6—37,5 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene, Dezember 15,40 M. Gd.

Kartoffelmehl Dezember 15,40 M. Gd.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Roggen auf 125,50 M. per 1000 Kilogramm, für Hafer auf 153,00 M. per 1000 Kilogr., für Roggenmehl 16,00 M. per 1000 Kilogramm, für Spiritus 70er auf 30,80 M. per 10 000 Liter-Proz. (R.-B.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 15. Dec.

Platz	Bank-Diskonto	Sicht	Kurs
Amsterdam	5	8 T.	168,85 bz
London	3	8 T.	20,34 bz
Paris	2½	8 T.	80,75 bzB.
Wien	5	8 T.	162,70 bz
Petersburg	5	3W.	213,25 bz
Warschau	5	8 T.	214,00 bz

In Berl. 5. Lomb. 5½ u. 6. Privatd. 4½ bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sorte	Kurs
Souvereigns	20,32 G.
20 Francs-Stück	16,20 B.
Gold-Dollars	4,16 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,33 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	80,75 bz
Oestr. Noten 100 fl.	162,75 bz
Russ. Noten 100 R.	214,90 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Name	Zf.	Kurs
Dtsche. R.-Anl.	4	106,60 G.
do. do.	3½	99,80 G.
do. do.	3	85,50 B.
Prss.cons.Anl.	4	106,60 G.
do. do.	3½	100,00 G.
do. do.	3	85,50 G.
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,10 G.
Sts.-Schld-Sch	3½	99,90 bz
Berl.Stadt-Obl	3½	97,75 bz
do. do. neue	3½	97,75 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine	3½	95,30 G.
Pfandbriefe: Berliner	5	114,40 bz
do.	4½	107,50 bz
do.	4	104,40 bzG.
do.	3½	98,75 G.
Ctrl.Ldsch	4	102,50 bz
do. do.	3½	96,90 bz
Kur.uNeumrk. neue	3½	97,30 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,10 B.
Pommer	3½	97,00 B.
do.	4	
Posensch.	4	101,70 bz
do.	3½	96,20 bzG.
Schls. altl.	3½	97,00 G.
do. do.	4	
ldschl Lt.A	3½	97,00 G.
do.	4	
do.neu do.	3½	97,00 G.
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	96,50 B.
do.neu I.II.	3½	96,50 B.
Renten: Pommer.	4	102,80 G.
Posensch.	4	102,90 B.
Preuss.	4	102,90 bz
Schles.	4	102,70 G.
Bad.Eisenb.-A.	4	
Bayer. Anleihe	4	106,30 bzB.
Brem. A. 1892	3½	96,70 B.
Hmb. Sts.Rent.	3½	
do. do. 1886	3	84,25 B.
do.amort.Anl.	3½	
Sächs. Sts.Anl.	3½	
do Staats-Rnt.	3	86,20 B.
Prss.Präm-Anl	3½	118,80 B.
H.Pr.-Sch.40T	—	390,00 bz
Bd. Präm.-Anl.	4	135,20 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	141,10 G.
Brnsch.20T.L.	—	102,90 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	130,10 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50T.-L.	3	133,90 bz
Lüb. 50T.-L.	3½	126,25 bz
Mein. 7Guld-L.	—	26,10 bz
Oldenb. Loose	3	127,50 bz

Ausländische Fonds.

Name	Zf.	Kurs
Argentin. Anl.	5	49,50 bzG.
do. 1888	5	49,50 G.
Bukar.Stadt-A.	5	94,50 G.
Buen. Air. Obl.	5	
Chines. Anl.	5½	103,90 G.
Dän.Sts.-A.86.	3½	95,25 bzG.
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	
Griech. Gold-A	5	30,10 bzG.
do. cons. Gold	4	26,00 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	29,00 bzB.
Italien. Rente	5	81,70 B.
Kopenh. St.-A.	3½	92,90 G.
Lissab. St.A.I.II	4	51,25 bzG.
Mexikan. Anl.	6	67,60 bz
Mosk. Stadt-A.	5	67,80 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv.A.88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	96,30 bz
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. do.	4⅕	
do. Silb.-Rent.	4⅕	92,90 G.
do. 250 Fl. 54.	4	146,25 bz
do.Kr100(58)	—	
do. 1860er L.	5	144,50 B.
do. 1864er L.	—	320,25 bz
Poln.Pf-Br. I-V	5	66,10 G.
do. do.	4½	65,10 bz
do. Liq.-Pf.-Br	4	64,10 bz
Port.A 88—89	—	26,60 G.
Raab-Gr.Pr.-A.	4	102,00 bz
Röm. Stadt-A.	4	81,40 bzG.
do. II. III. VI.	4	75,00 bzG.
Rum. Staats-A.	4	82,20 bzG.
do. Rente 90	4	82,20 bzG.
do. do. fund.	5	102,25 bz
do. do. amort.	5	95,00 bzG.
Rss.Eng.A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	98,50 bzG.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	99,10 bzG.
Russ. Goldrent	6	
do.1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	67,60 B.
III. Orient 1879	5	68,90 bz
Nikolai-Obl.	4	99,00 bzG.
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864	5	
do. 1866	5	
Bodkr.-Pfdbr.	5	
do. neue	4½	102,70 bzG.
Schwedische	3½	96,10 G.
Schw. d. 1890	3½	
do. 1883	4½	
Schw. Hyp.-Pf.	4½	101,20 bzG.
Serb.Gld-Pfdb.	5	
do. Rente	5	70,90 bzG.
do. neue 85	5	71,10 bzG.
Stockh.Pf. 85.	4½	
do. St.-Anl.86	4	99,20 B.
Span. Schuld.	4	63,00 G.
Türk A.1865 in Pfd.Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	24,35 bz
do.Consol.90	4	85,00 bzG.
do. Zoll-Oblig	5	
Trk.400Frc.-L	—	88,00 bzG.
do.EgT.ib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	94,50 bzG.
do. Gld.-Inv.-A.	4½	100,75 B.
do. do. do.		
do.Papier-Rnt.		
do. Loose	—	256,25 bz
do.Tem-Bg.-A.	5	
WienerC.-Anl.	5	105,40 B.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Name	Div.	Kurs
Aachen-Mastr.	2¼	57 90 bz
Altenbg.-Zeitz	9 1/15	191,50 bzG.
Crefelder	4	72,00 bz
Crefld-Uerdng	2	90,50 G.
Dortm.-Ensch.	4¼	104,50 bz
Eutin. Lübeck	1¼	39,25 bzG.
Frnkf.-Güterb.	1	57,75 bz
Ludwsh.-Bexb.	9¼	224,30 G.
Lübeck-Büch.	6	133,50 bz
Mainz-Ludwsh	4¼	108,50 bz
Marnb.-Mlawk.	½	69,00 bz
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,70 bzG.
Ostpr. Südb.	0	68,75 bz
Saalbahn	0	21 00 bzG.
Stargrd-Posen	4½	102,25 bz
Weimar-Gera	—	10,30 bzG.
Werrabahn	0,185	46,80 bzB.
Albrechtsbahn	—	
Aussig-Teplitz	20	586,00 G.
Böhm. Nordb.	5	140,00 G.
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	92,25 G.
Buschtherader	10¼	
Canada Pacifb.	5	71,75 G.
Dux-Bodenb	5	
Galiz. Karl-L.	4½	103,75 G.
Graz-Köflsch.	6½	
Kaschau-Od	4	
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz	6½	125,80 G.
Oester Staatsb	—	
do. Lokalb.	4¾	97,60 bz
do. Nordw.	5	103,25 G.
do.Lit.B.Elb.	5¼	116,00 G.
Raab-Oedenb.	½	25 30 bz
Reichenb.-P	—	93,50 G.
Südöstr.(Lb.)	⅗	44,25 bz
Tamin-Land	0	1,70 bz
Ungar.-Galiz.	5	
Balt.Eisenb.	3	62,80 bz
Donetzbahn	5	111,70 bzG.
Ivang. Domb.	5	108,25 bz
Kursk-Kiew	12,165	
Mosco-Brest	—	70,50 bz
Russ. Staatsb.	6,56	146,30 bzG.
do. Südwest.	5,45	75,40 G.
Wrsch.-Teres.	5	106,00 G.
Wrsch.-Wien.	11½	217,40 bz
Weichselbahn	5	72,00 bz
Amst.-Rotterd	1½	92,75 bz
Gotthardbahn	6½	150,10 bz
Ital. Mittelm.	5	87,70 bz
Ital.Merid.-Bah	7⅕	110,40 bz
Lüttich-Lmb.	0,8	25,80 bzG.
Lux. Pr. Henri	2,7	55,20 bz
Schweiz.Centr	4	115,25 bz
do. Nordost	5	102,10 bz
do. Unionb.	2⅖	76,40 bz
do. Westb.		
Westsicilian.	3⅗	49,80 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Name	Zf.	Kurs
Altdm.Colberg	4½	111,75 bz
Bresl.-Warsch	13/20	48,10 bzG.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,20 bz
Dux-BodnbAB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	111,75 bz
Prignitz	4½	106,75 bz
Szatmar-Nag.	6	82,50 G.
Dortm.-Gron.	4½	113,75 bzG.
Marienb Mlawk	5	108,75 bzG.
Mecklb. Südb.	—	49,25 bzG.
Ostpr. Südb.	2	105,25 bz
Saalbahn	3½	92,50 bzG.
Weimar-Gera	3⅔	85,00 bzG.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Name	Zf.	Kurs
Bresl-Warschauer Bahn	5	
Gr Berl.Pferde Eisenbahn	4	101,30 B.
Oberschl.	3½	98,50 G.
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	101,25 G.
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	100,60 G.
Dux-Bodenb. I.		
Dux-Prag G-Pr	4	99,10 G.
do. 1891	4	99,10 G.
Franz.-Josefb.	4	93,00 bzG.
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	92,00 bzG.
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	97,00 G.
KronpRudolfb.	4	93,00 bzB.
do.Salzkammg	4	100,20 B.
LmbCzern.stfr	4	91,50 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest.Stb.alt.g.	3	84,10 G.
do. Staats-I.II.	5	107,75 bzG.
do. Gold-Prio.	4	100,20 B.
do Lokalbahn	4½	95,50 G.
do.Nordwestb.	5	103,60 G.
do. NdwB.G-Pr	5	
do. Lt. B.Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	67,90 G.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior	3	
Südöst-B.(Lb.)	3	61,30 B.
do. Obligation.	5	103,50 G.
do.Gold-Prior.	4	96,40 bz
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo	5	
Gr. Russ. Eis. gar	3	82,00 G.
Ivang.-Dombr. g.	4½	103,80 bz
Kozlow-Wor. g.	4	94,25 bzG.
do. 1889	4	94,40 bz
do. Chark.As.(O)	4	94,50 bzB.
do.(Oblig.)1889	4	95,50 bz
Kursk-Kiew conv	4	94,80 G.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	68,10 G.
do. Kursk gar.	4	90 25 bzG.
do. Rjäsan gar.	4	95,00 bz
do. Smolensk g.	5	103,00 bzG.
Orel-Griasy conv	4	94,50 bzG.
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	94,70 bz
Rjaschk-Morcz.g	5	103,00 bzG.
Rybinsk-Bolog.	5	95,50 G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	98,10 G.
Transkaukas. g.	3	82,10 G.
Warsch.-Ter. g.	5	103,75 bzG.
Warsch.-Wienn.	4	100,50 bz
Wladikawk. O. g.	4	97,80 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	89,00 bzG.
Gotthardbahnov.	4	102,70 bzG.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	51,60 G.
Süd-Ital. Bahn	3	53,80 G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	71,20 B.
do. Lit. B.	5	66,50 bzG.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	97,75 G.
Northern Pacific	6	105,50 bzG.
San Louis-Franc.	6	93,25 bzG.
Southern Pacific	6	106,20 G.

Hypotheken-Certifikate.

Name	Zf.	Kurs
Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr.I	3½	110,90 bz
do. do. II.	3½	105,60 G.
do. do. III. abg.	3½	98,80 G.
do. do. IV. abg.	3½	98,80 G.
do. do. V. abg.	3½	95,00 G.
do. Hp.B.Pf.IV.-V.VI.	5	
do. do.	4	102,00 bzG.
do. do.	3½	
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	100,70 bz
do. do.(unkünd. bar bis 1./1.1900)	4	102,50 bz
do. do (rz 100)	3½	93,50 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	100,80 bzG.
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,40 G.
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P.B.-Cr.unkb(rz110)	5	114,25 G.
do.Sr. III.V.VI(rz100)	5	106,50 B.
do. do. (rz.115)	4½	115,00 G.
do. do. X (rz.110)	4½	111,60 G.
do. do. (rz.100)	4	100,20 G.
Pr.Cent.-Pf. (rz.100)	4	
do. do. (rz.100	3½	95,00 bzG.
do.do. kündb. 1900	4	102,70 bzG.
Pr.Centr.-Pf. Com-O	3½	94,75 bzG.
Pr.Hyp.-B.I.(rz.120)	4½	
do. do. VI. (rz.110)	5	
do. div. Sor.(rz.100)	4	102,60 bzG.
do. do. (rz.100)	3½	95,50 bz
Prs.Hyp.-Vers.-Cert.	4½	100,00 G.
do. do. do.	4	101,80 bzG.
do. do. do.	3½	95,00 bz
Schles.B.Cr.(rz.100)	4	100,50 G.
do. do. (rz.100)	3½	93,80 B.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz.110)	4½	105,30 G.
do. do. (rz.110)	4	
do. do. (rz.100)	4	101,25 bzG.

Bankpapiere.

Name	Div.	Kurs
B.f.Sprit-Prod.H	3	66,10 G.
Berl. Cassenver.	4½	128,80 G.
do. Handelsges.	6	129,00 bzG.
do. Maklerver.		120,60 G.
do. Prod-Hdbk.	—	100,00 G.
Börsen-Hdlsver.	6½	129,10 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	97,10 G.
do. Wechslerbk.	4½	94,25 bzB.
Danz.Privatbank	7⅓	
Darmstädter Bk.	5¼	
do. do. Zettel	3,70	
Deutsche Bank	8	152,25 bz
do. Genossensch	4⅚	112,10 G.
do.Hp.Bk.60pCt	7	118,10 G.
Disc.-Command.	6	171,60 bz
Dresdener Bank	7	131,50 bz
Gothaer Grundcreditbank	3½	86,80 bzG.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	5	97,10 G.
Leipziger Credit	8½	174,10 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5	109,10 G.
Maklerbank	5	107,80 G.
Mecklenb. Hyp.u. Wechs.	8	136,25 G.
Meininger Hyp.-Bank 70pCt.	6	112,00 B.
Mitteld.Crdt.-Bk.	4½	93,00 bzG.
Nationalbk. f. D.	5	104,60 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	92,00 bzG.
Oester.Credit-A.	9 1/13	
Petersb.Disc.-Bk	6	
do. Intern.Bk.	10	
Pomm.Vorz.-Akt	6	114,10 bzG.
Posen. Prov.-Bk.	4½	103,50 bzG.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	127,00 bz
do. Cnt-Bd60pCt	9½	160,10 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	125,30 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	102,80 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	18	225,00 bzB.
do. Leihhaus	6	92,50 G.
Reichsbank	6,38	154,30 bz
Russische Bank	5	
Schles. Bankver.	6	113,80 bz
Warsch. Comerz	9	
do. Disconto	7½	

Industrie-Papiere.

Name	Div.	Kurs
Allg. Elekt.-Ges.	8½	139,10 bzG.
Anglo. Ct. Guano	11¾	145,25 bzB.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅘	995,00 bzG.
Bauges. City St.-Pr.	0	
Bauges. Dtsche. Bau	3	76,00 G.
Bauges. Hann.-St.P.	3½	66,00 bzG.
Bauges. Humb.	5½	125,50 B.
Moabit	8	138,50 G.
Passage	3½	64,25 bzG.
U. d. Linden	0	
Berl. Elekt.-W.	8½	155,50 bz
Berl. Lagerhof	—	79,75 G.
do. do.St.-Pr.	9	121,00 G.
Ahrens Br., Mbt.	0	41,00 bz
Berl. Bock-Br.	0	54,90 bzB.
Schultheiss-Br.	15	229,25 G.
Bresl. Oelw.	4½	86,25 G.
do. Sprit-A.-G.	7	105,00 B.
Deutsche Asph.	5	76,75 G.
Dynamit Trust.	10	126,50 bzG.
Erdmannsd. Sp.	5½	93,00 B.
Fraust. Zucker	0	106,75 G.
Glauz. Zucker	12	108,50 B.
Gummi HarWien	25	274,00 G.
do. Schwanitz	12½	181,00 G.
do. Voigt Winde	8	131,00 G.
do. Volpl. Schldt.	4	87,00 G.
Hommoor Cem.	6	104,50 bzG.
Köhlin. Strk.	14	
Körbisdf. Zucker	2½	103,60 G.
Löwe & Co.	18	252,25 G.
Bresl. Linke	10	145,75 B.
do. Hofmann	10	132,90 B.
Germ. Vrz.-Akt.	—	64,50 G.
Görlitz ov.	7	115,10 G.
Görl. Lüdr.	9	134,10 G.
Grusonwerk	—	
H. Pauksch	2	55,25 G.
Schwarzkopff	15	220,00 bzG.
Stettin-Vulk.-B.	9	107,75 G.
Sudenburg	14	179,00 G.
O.-Schl. Cham.	—	54,75 G.
do. Portl.-Cem.	1½	88,25 G.
Oppeln. Cem.-F.	4	98,50 G.
do. (Giesel)	2	85,10 bzG.
Gr.Berl.Pferdeb.	12½	237,25 bzG.
Hamb. Pferdeb.	0	94,10 G.
Potsd.ov.Pferdb.	5	90,00 bzG.
Posen. Sprit-F.	5	
Rositzer Zucker	3	71,25 G.
Schles. Cement	7½	134,75 bz
Stett. Bred. Cem.	2	79,00 bzG.
do. Chamott.	15	194,60 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	112,75 G.
Berzelius	10	122,00 G.
Bismarkhütte	8	144,00 bzG.
Boch. Gusst.-F.	3½	118,00 bzG.
Donnersmarck	—	91,25 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	25,75 B.
Gelsenkirchen	9	141,70 bz
Hibernia	5½	110,10 bzG.
Hörd. St.-Pr.-A.	0	26,75 G.
Inowracl. Salz	1	40,25 bzG.
König u. Laura	3	107,40 bzB.
Lauchham. ov.	4½	68,00 G.
Louis. Tief.St.-P.	—	57,00 bz
Oberschl. Bed.	½	48,70 bzG.
do. Eisen-Ind.	4½	99,00 G.
Redenh. St.-Pr.	—	9,00 B.
Riebeck. Mont.	11	159,00 bzbz
Schles. Konlw.	0	23,10 bz
do. Zinkhütte	15	181,00 bzG.
do. do. St.-Pr.	15	181,00 bzG.
Stolb. Zink-H.	1	29,00 bzB.
do. St.-Pr.	6	102,80 bz
Tarnowitz ov.	0	51,25 bzG.
do. do. St.-Pr.	0	16,50 G.

Druck u. d Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.